

Wunsiedel, 17.02.2022

Wir beantragen die Absetzung des Tagesordnungspunktes TOP2 der SRA-Sitzung vom 17.02.2022.

„*Neustrukturierung der städtischen Einrichtungen; Umzug der städtischen Musikschule in das Anwesen Hornschuchstraße 98.*“

Begründung

Man kann und darf nach Ansicht der ABW das Thema „*Neustrukturierung der städtischen Einrichtungen*“ (siehe Titel der Beschlussvorlage) nicht ausschließlich am Umzug der Musikschule festmachen. Das würde jedoch geschehen, wenn der Beschluss gemäß Vorlage gefasst werden würde.

Aus strategischer Sicht müssen alle städtischen Einrichtungen miteinander in die Neustrukturierung einbezogen werden, d.h. Bücherei, MGH, Musikschule, JUZ und sogar in Planung befindliche Projekte. Nur so kann man eine ganzheitliche, langfristige Strategie für alles entwickeln und Synergien erkennen. Auch das Thema Jugendarbeit der Stadt kann man nicht ausschließlich am Gebäude „JUZ“ festmachen.

Wir stellen uns vor, dass sich beispielsweise eine Projektgruppe mit dem Thema „*Neustrukturierung der städtischen Einrichtungen und der Jugendarbeit*“ beschäftigt. Dabei müssen natürlich – neben Stadträten - mindestens beteiligt werden:

- Jugendvertretung
- Die Gruppe
- MGH
- Bücherei
- Musikschule
- Luisenburg
- Carolin Kammerer, als Jugendbürgermeisterin
- etc.

Wir sehen das Thema „*Neustrukturierung der städtischen Einrichtungen und der Jugendarbeit*“ als Chance. Umso wichtiger ist es, dass erst eine Strategie erarbeitet wird. Durch den Beschluss für einen Umzug der Musikschule würden praktisch unumkehrbare Fakten geschaffen.

Damit ist eine ergebnisoffene Diskussion über städtische Gebäude und deren Nutzung hinfällig.

Zum jetzigen Zeitpunkt besteht die Chance, die weitere Entwicklung der städtischen Einrichtungen Musikschule, Bücherei, MGH und Jugendzentrum als Gesamtpaket zu entwickeln. Dies umfasst insbesondere

- dauerhafte Örtlichkeit der einzelnen Einrichtungen
- Prüfung und gegebenenfalls Korrektur der Ausrichtung (Inhalt, Zielgruppen, Angebote) der Einrichtungen
- mögliche Synergien mit bereits bestehenden Einrichtungen und Angeboten

Eine Entscheidung in Coronazeiten basiert auf falschen Besucherzahlen.

Das Ergebnis dieses Beschlusses wäre, dass er den Bedürfnissen von keiner der beteiligten Parteien gerecht wird. Wir sollten gute Lösungen für alle, mit möglichst wenigen Kompromissen für alle suchen.